



NIEDERSCHRIFT
(öffentlicher Teil)
7. Sitzung des Ausschusses für Soziales

Sitzungstermin:	Dienstag, 20.02.2024	
Sitzungsbeginn:	16:00 Uhr	
Sitzungsende:	19:45 Uhr	
Sitzungsort:	SeniorInnenEinrichtung Solmitzstraße, Solmitzstraße 47, 23569 Lübeck	
Anwesende Mitglieder		
Vorsitz		
Sandra Odendahl - SPD & FW	Vertretung für: Frau Renate Prüß	
Mitglieder aus der Bürgerschaft		
Michelle Akyurt - CDU		
Dr. med. Dipl.-Phys. Carsten Grohmann - CDU		
Andreas Müller - LINKE & GAL Fraktionsvorsitzender		
Helmut Müller-Lornsen - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN		
Mandy Siegenbrink - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN Fraktionsvorsitzende		
Gregor Voht - SPD & FW		
stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.		
Katrin Funk - Unabhängige Volt-PARTEI		
Nil Gersdorf - CDU		
Gabriele Gröschl-Bahr - SPD & FW		
Rainer Holtz - AfD		
Delf Kröger - CDU		
Max Manegold - FDP		
Daniela Schindler - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN		
Beiratsmitglieder		
Christian Rettberg - Beirat für Menschen mit Behinderungen		
Manfred Bergmann - Beirat für Senior:innen		
Dr. Renate Schleker - Beirat für Senior:innen		
Verwaltung		
Katrin Boccius -	bis TOP 4.2; 19.30 Uhr	
Karin Claus - Soziale Sicherung	bis TOP 4.2 ; 19.30 Uhr	
Piroska Csösz - 2.280 Wirtschaft und Liegenschaften	bis TOP 4.1; 18.00 Uhr	

Bianca Hartfuß - 2.000.1 Stabsstelle Sonderaufgaben	nur öffentlicher Teil
Beate Herrmann - 2.502 Personalrat SIE	nur öffentlicher Teil
Ulrich Kewitz - 2.500 Soziale Sicherung	bis TOP 4.2; 19.30 Uhr
Sabine Klawitter - Personalrat SIE	nur öffentlicher Teil
Senatorin Pia Steinrücke - FB 2 - Wirtschaft und Soziales	
Ralf Kuschnierz - 2.020 FBC	
Gert Wadehn - Senioreneinrichtungen 2.502 SeniorInnen-Einrichtungen	nur öffentlicher Teil
Protokollführung	
Gitte Timmermann - Soziale Sicherung	
Gäste	
Dirk Gerdes - KWL GmbH	bis TOP 4.2; 19.30 Uhr
Sabine Heußel - Drees & Sommer	bis TOP 4.2; 19.30 Uhr
Jana Meyer - KWL Lübeck	bis TOP 4.2, 19.30 Uhr
-	
-	
Entschuldigte Mitglieder	
Vorsitz	
Renate Prüß - SPD & FW	- entschuldigt -
Mitglieder aus der Bürgerschaft	
Judith Bach - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	- entschuldigt -

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1	Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen	
2	Genehmigung der Niederschrift	
3	Anfragen / Antworten / Mitteilungen	
3.1	Anfrage AM Voht: Befragung zu Long-Covid und Post-Covid	
3.2	Anfrage AM Siegenbrink: Sachstand zum Senior:innentreff St.-Lorenz-Süd	
3.3	Anfrage von AM Müller-Lornsen: Rückmeldung zum Projekt "Knappe-Kassen"	
4	Berichte	
4.1	Strategische Neuausrichtung der städtischen Senior:Innen-Einrichtungen SIE - Weiterentwicklung, Anpassungen und Bericht nach 12 Monaten Betriebstätigkeit	VO/2024/12936
4.2	Machbarkeitsstudien SIE LÜBECK	
5	Beschlussvorlagen	
5.1	Wirtschaftsplan 2024 der Senior:InnenEinrichtungen (Eigenbetriebsähnliche Einrichtung - EäE)	VO/2023/12446
5.2	Feststellung des Rechnungsergebnisses der SeniorInnen-Einrichtungen der Hansestadt Lübeck für das Jahr 2022	VO/2024/12882
5.3	Beauftragung der Planung einer Pflegeeinrichtung für Senior:innen im Bereich der Neuen Mitte Moisling	VO/2024/12943
6	Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft	
7	Anträge von Ausschussmitgliedern	
7.1	Antrag der Fraktion SPD&FW: Mieterschutz stärken - kommunale Mieter:innenberatungsstellen schaffen!	VO/2023/12461
7.2	AM Helmut Müller-Lornsen (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN), AM Michelle Akyurt (CDU), AM Max Manegold (FDP): ÄA zu VO/2023/12461 Antrag der Fraktion SPD&FW: Mieterschutz stärken - kommunale Mieter:innenberatungsstellen schaffen!	VO/2023/12461-01
7.3	AM Mandy Siegenbrink (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN), AM Michelle Akyurt (CDU), Max Manegold (FDP): Unterstützung für den Begegnungstreff Salut	VO/2024/12931

7.4	AM Andreas Müller (LINKE): Änderungsantrag zu VO/2024/12931 AM Mandy Siegenbrink (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN), AM Michelle Akyurt (CDU), Max Manegold (FDP): Unterstützung für den Begegnungstreff Salut	VO/2024/12931-01
7.5	Dringlichkeitsantrag des AM Andreas Müller (LINKE): Keine Einführung von Bezahlkarten für Geflüchtete in Schleswig-Holstein / Lübeck	VO/2024/12960
8	Verschiedenes	
9	Ende des öffentlichen Teils	
15	Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse	

Öffentlicher Teil:

zu 1 Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen

Die stellvertretende Vorsitzende Frau Odendahl begrüßt die Anwesenden, insbesondere Frau Heußel von Drees & Sommer, Frau Meyer und Herrn Gerdes von der KWL sowie die Vertreterinnen des Personalrates der SIE und eröffnet die Sitzung mit der Feststellung der Beschlussfähigkeit.

Die stellvertretende Vorsitzende entschuldigt die Vorsitzende Frau Prüß, die erkrankt ist.

Die stellvertretende Vorsitzende erfragt, ob es Änderungsanträge zur Tagesordnung gibt.

Frau Gröschl-Bahr beantragt, die TOP 7.1 und 7.2 zu vertagen, um zum Zeitpunkt der Beratung auch noch Erfahrungswerte anderer Kommunen mit einer kommunalen Mieter:innenberatung heranziehen und ggf. sogar jemanden von einer dieser Kommunen dazu einladen zu können.

Frau Akyurt spricht sich gegen eine Vertagung der TOP 7.1 und 7.2 aus, da hier zunächst erst einmal ein Prüfbericht gewünscht ist, damit dieses in die Entscheidung einfließen kann.

Die stellvertretende Vorsitzende lässt über den Vertagungsantrag abstimmen.
Die Vertagung wird mit 5 –Ja-Stimmen, 9- Nein-Stimmen und keiner Enthaltung abgelehnt.

Herr Voht beantragt die Vertagung der TOP 7.3 und erinnert an die letzte Sitzung. Da wurden auch Punkte zurückgestellt, die im Zusammenhang mit dem fertigen Armuts- und Sozialbericht wieder auf die Tagesordnung kommen werden und so ist dieser Antrag auch einzuordnen. Dieser würde ebenfalls wieder aufzurufen sein, wenn der Armuts- und Sozialbericht vorliegen würde.

Frau Siegenbrink spricht sich gegen eine Vertagung des TOP 7.3 aus, da hier eine aktuelle Bedrohung der Schließung vom „Salut“ besteht und geprüft werden soll, welche möglichen nichtmonetären Unterstützungen denkbar wären.

Die stellvertretende Vorsitzende lässt über den Vertagungsantrag abstimmen.
Die Vertagung wird mit 5 –Ja-Stimmen, 9- Nein-Stimmen und keiner Enthaltung abgelehnt.

Die Vorsitzende lässt über die Zuordnung der für den nichtöffentlichen Teil angemeldeten TOP 10 bis 14 en bloc abstimmen: Der Ausschuss beschließt einstimmig die Zuordnung.

Der Ausschuss beschließt einstimmig, die Teilnahme von Herrn Kuscmierz und Frau Timmermann von der Verwaltung im nichtöffentlichen Teil.

Abschließend lässt die Vorsitzende über die Tagesordnung abstimmen.
Der Ausschuss beschließt einstimmig die Tagesordnung.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift

zu 3 Anfragen / Antworten / Mitteilungen

zu 3.1 Anfrage AM Voht: Befragung zu Long-Covid und Post-Covid

Herr Voht verweist auf die Sitzung des Ausschusses vom 11.10.23 und der dortigen Ankündigung unter TOP 3.12, dass eine Befragung zum Status der Betroffenen bei Long-/ und Post-Covid erfolgen wird.

Hierzu möchte er wissen, ob in diesem Zusammenhang auch Kontakte zu Patienteninitiativen gibt und ob auch der Status „nicht genesen“ hierbei erfasst wird. Hierzu bittet er in einer kommenden Sitzung um eine mündliche Antwort.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 3.2 Anfrage AM Siegenbrink: Sachstand zum Senior:innentreff St.-Lorenz-Süd

Frau Siegenbrink bittet zu dem TOP 3.3.9 aus der Sitzung vom 07.11.2023 um eine Sachstandsinformation.

Frau Claus erläutert, dass gerade eine Ausschreibung mit der Vergabestelle der Hansestadt Lübeck (Entwurf des Preisblattes und Leistungsblattes ugd.) vorbereitet wird

Frau Siegenbrink möchte zudem wissen, ob und wie dann noch eine Beteiligung der Betroffenen erfolgen kann.

Hier zu erläutert Frau Senatorin Steinrücke, dass eine Beteiligung der Betroffenen im Vorfeld zur Ausschreibung jetzt zu einer zeitlichen Verzögerung führen würde.

Frau Akyurt möchte wissen, warum eine Ausschreibung erforderlich ist.

Frau Claus erklärt, dass aufgrund der zu erwartenden Kosten eine Ausschreibung gesetzlich vorgeschrieben ist.

Frau Siegenbrink stellt noch einmal dar, dass die Idee des Antrages war, zuerst mit den Betroffenen ins Gespräch zu gehen und dann erst auf eine Ausschreibung hinzuarbeiten.

Frau Akyurt bittet, diesen Punkt für die kommende Sitzung aufzuarbeiten, um ggf. noch nachbessern zu können.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 3.3 Anfrage von AM Müller-Lornsen: Rückmeldung zum Projekt "Knappe-Kassen"

Herr Müller-Lornsen verweist auf den TOP 3.6 der Sitzung vom 5.12.2023, wonach noch zu berichten ist, ob eine Verstetigung des Projektes „Knappe Kassen“ erfolgen kann.

Eine Beantwortung wird zugesagt.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 4 Berichte

zu 4.1 Strategische Neuausrichtung der städtischen Senior:InnenEinrichtungen SIE - Weiterentwicklung, Anpassungen und Bericht nach 12 Monaten Betriebstätigkeit Vorlage: VO/2024/12936
--

Frau Senatorin Steinrücke führt in das Thema ein und berichtet von der intensiven Arbeit um weiterhin die beschlossenen 20 % Marktanteil der prognostiziert benötigten Pflegeplätze seitens der SIE zu erreichen.

Sie hofft, mit der folgenden Darstellung die größtmögliche Transparenz erreicht zu haben.

Herr Wadehn erläutert anhand der Power Point Präsentation die Strategische Neuausrichtung der SIE. Er nimmt hierbei Bezug auf die Standorte Am Behnckenhof, Heiligen-Geist-Hospital und die Objekte der ehemaligen Stiftung „Vereinigte Testamente“ sowie den geplanten Neubau in der Neuen Mitte Moising.

Frau Akyurt bedankt sich für den Vortrag, bedauert aber auch die zeitliche Verzögerung. Sie erklärt für die CDU, dass erreicht werden soll, dass alle Bedarfe der Lübecker Bevölkerung gedeckt sein sollen und dazu gehören die Neubauten von Einrichtungen. Sie möchte noch einmal dargestellt haben, wieso es zu einer Verdoppelung gekommen ist.

Zudem soll durch die Neubauten die SIE zukunftssicher aufgestellt werden, aber dazu erfragt sie, wie sich das bei der Annahme von 140 Plätzen auswirken wird. Außerdem möchte sie wissen, wann die Darstellungen mit den wirtschaftlichen Faktoren vorgestellt werde und wieso in Zusammenhang mit dem HGH immer sofort von einem Verlustgeschäft gesprochen wird.

Frau Senatorin Steinrücke betont noch einmal, dass man das Ziel von 20 % Marktanteil zu halten bemüht ist und auch nur das Gegenstand des Beschlusses war, und nicht etwa die Platzzahlen.

Sie weist auch noch einmal darauf hin, dass kleine Einheiten bis zu 100 Plätzen am Ende nicht mehr wirtschaftlich geführt werden können, was man ja auch bei Mitbietern feststellen kann, denn kleinere Einrichtungen schließen aus wirtschaftlichen Gründen.

Frau Akyurt stellt fest, dass es nun einen Bericht gibt, wie sich die SIE das vorstellt, aber wie sich das konkret in Zahlen auswirkt, ist nicht dargestellt worden.

Frau Senatorin Steinrücke erklärt, dass die konkreten Zahlen vorgelegt werden, wenn es konkrete Konzepte gibt und dieses erfolgt natürlich im Rahmen einer Beschlussvorlage. Diese liegen bislang noch nicht vor.

Herr Müller-Lornsen erfragt noch einmal die Bettenzahl am Standort Am Behnckenhof mit 139 EZ und/oder 10 % Doppelzimmer sowie HGH, wo nach dem Rückbau des Fluchtturms weitere 3 Plätze hinzukommen müssten. Außerdem beantragt er für Herrn Schmidt von der Angehörigen-Initiative das Rederecht.

Herr Wadehn erklärt, dass am Standort Am Behnckenhof die Fragen der Einzel- und Doppelzimmer noch nicht abschließend abgestimmt wurde und diesen zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht Gegenstand der Gespräche ist. Zudem erinnert er daran, dass mit der Beschlussvorlage für den Standort HGH exakt 77 Plätze festgelegt wurden.

Herr Voht verweist noch einmal auf das Jahr 2012, in dem der Ausschuss diese richtungsweisenden Beschlüsse hätte fassen können, aber zu dem Zeitpunkt war der Wille im Rahmen der Kommunalen Daseinsvorsorge ausreichend Pflegeplätze bereitzustellen, noch nicht

gefasst worden. Umso besser ist es nun, dass jetzt begonnen werden kann. Er lobt die gute Vorbereitung der einzelnen Schritte und verweist nochmals auf die damalige Tabelle. Nach der damaligen Darstellung wären die 20 % Marktanteil nicht erreicht worden und zudem ist inzwischen noch der Standort Schönböckener Straße ersatzlos gestrichen worden. Auch der Standort Am Behnckenhof sollte damals nicht weiter fortgeführt werden. Er lobt in diesem Zusammenhang die Initiative von AM Müller, der die Verlängerung des Mietvertrages Am Behnckenhof ins Gespräch gebracht hatte.

Herr Voht erklärt, dass er die positive Botschaft in dem Bericht sieht und dass das Ziel 2030 erreicht werden kann. Er bittet in dem Bericht die Bezeichnung „Ambulante Pflege“ in „Betreutes Wohnen“ zu korrigieren, da man als Kommune doch nicht auf dem Gebiet der ambulanten Pflege tätig sein will.

Er stellt fest, dass mit dieser Ausrichtung und den Neubauten die SIE ein attraktiver und moderner Arbeitgeber wird, was bei der Neugewinnung von Arbeitskräften nicht zu unterschätzen ist.

Zur Finanzierungsstrategie bemerkt Herr Voht, ein ungutes Gefühl zu haben – nicht bezogen auf die HL, sondern viele mehr generell in Deutschland. Die Pflegekosten sind zu hoch und macht es kleineren Unternehmen unmöglich, hier wirtschaftlich die Dienste anzubieten.

Er erinnert in diesem Zusammenhang an den vom Ausschuss für Soziales verfassten Appell an Land und Bund, sich an den enormen Kosten zu beteiligen.

Abschließend findet er den Hinweis auf die Pflegefachschule spannend und erbittet hier einen Austausch.

Herr Voht stellt den Antrag, ab 2025 vierteljährlich regelmäßige Sitzungen des Ausschusses für Soziales als Werkausschuss zur SIE festzulegen.

(Anmerkung der Protokollführung: Der Antrag sollte nach der Beratung bei TOP 4.1 zur Abstimmung gegeben werden, wurde aber erst bei TOP 4.2 verlesen und zur Abstimmung gebracht.)

Herr Müller lobt den Ansatz und stellt fest, dass mit 1000 Plätzen der Marktanteil in Höhe von 20 % erfüllt wird.

Frau Gröschl-Bahr erklärt, dass bei dem Wunsch der CDU, dass aller bedürftigen Lübeck:innen einen Platz bekommen sollen, auch die Demografie nicht unbeachtet bleiben darf und auch wenn Heime geschlossen werden, wie z.B. DRK, dann keine neuen Heime als Ersatz hinzukommen.

Sie lobt zudem, dass die Kolleg:innen des Personalrates SIE einbezogen wurden.

Herr Kröger erfragt noch einmal, welcher Marktanteil bei der alten Tabelle erreicht wurde.

Frau Senatorin Steinrücke erklärt, dass die Tabelle aus 2022 das Ziel 20 % Marktanteil nicht erreicht hatte, aber bereits als Wunsch/Bedarf formuliert war. Die jetzige Tabelle hat diese mit Hilfe der Risikoanalyse erreicht.

Frau Siegenbrink stellt gegenüber, dass aus 7 Neubauten jetzt 4 Neubauten geworden sind und erfragt die Auswirkung auf das Investitionsvolumen. Vorher hat man 117 Mio geplant und möchte wissen, wo man jetzt liegt und was davon ist bereits verbraucht wurde. Außerdem erfragt sie, was mit dem Standort Prassekstraße ist und ob man sich die Umzüge ähnlich wie bei HGH mit freigehaltenen Plätzen vorstellen kann.

Sie stellt weiterhin fest, dass für die Elswigstraße ein Umzug in 2025 geplant war, der nun für 2031 geplant ist und bittet hierzu um Erläuterung.

Frau Senatorin Steinrücke erklärt, dass in Bezug auf die Elswigstraße die erste Annahme zu optimistisch war und jetzt durch die Machbarkeitsstudie korrigiert wurde.

Die Prassekstraße war fehlerhaft eingepflegt worden - die bleibt so im Bestand.

Während der Bau- und Umzugsphase ist man an Verträge gebunden und wird in diese Zeit mit der Freihaltung von Plätzen an anderen Standorte und/oder auch mit z. B. dem Standort Schwartauer Allee überbrücken.

Aber auch dieser Standort ist noch nicht abschließend fertig beplant, es wird im Rahmen des weiteren Verlaufes regelmäßige Anpassungen geben.

Frau Gersdorf betont, dass sich die CDU für alle Standorte einsetzt und nicht nur für das HGH und bekräftigt den Wunsch der CDU, dass die Zahlen als genaue Schätzung mitgeteilt werden, weil selbstverständlich die tatsächlichen Zahlen noch nicht vorliegen können.

Frau Senatorin Steinrücke erklärt, dass die aktuellen Zahlen mit der Pflegebedarfsplanung dargestellt werden können und stellt dieses in Aussicht.

Sie bedankt sich bei dem Ausschuss für die gemeinsame Haltung und die Aufnahme der Aufgabe.

Frau Akyurt bedankt sich für die Nachlieferung der Zahlen, bittet aber dennoch, dieses künftig gleich in den Bericht mit aufzunehmen.

Herr Manegold erfragt, was passieren wird, wenn der Standort Am Behnckenhof nicht verlängert wird und z.B. der Standort Schwartauer Allee nicht kommt.

Hierzu erklärt Frau Senatorin Steinrücke, dass zunächst auch die Beschlüsse abzuwarten sind. Der jetzt vorgelegte Zeitplan wurde transparent dargestellt, wird aber laufend angepasst werden müssen.

Beim Standort Am Behnckenhof ist festzustellen, dass der Eigentümer sich bewegt und man dort auf einem guten Weg ist, berichtet Frau Senatorin Steinrücke.

Die stellvertretende Vorsitzende lässt den Ausschuss über das Rederecht von Herrn Schmidt und Frau Dr. Probst abstimmen.

Der Ausschuss beschließt einstimmig, das Rederecht zu erteilen.

Herr Schmidt von der Angehörigen-Initiative äußert das Gefühl, dass alle an einem Strang ziehen, stellt dar, dass man sich nicht als Gegner sehen sollte, sondern bietet auch die Hilfe an. Er berichtet noch einmal von den örtlichen Gegebenheiten im HGH (Fluchtturm) und stellt noch einmal dar, dass die Erhaltung des HGH in jedem Fall Kosten verursacht, egal welcher späteren Nutzung das Gebäude zugeführt wird.

Frau Probst lobt, dass die Stadt Pflegeplätze schaffen will und hier auch insbesondere die quartiersbezogene Ausrichtung im Focus steht. Der Fachkräftemangel ist auch bei den niedergelassenen Hausärzten zu beobachten und damit wird es auch immer schwieriger, erforderliche Hausbesuche zu gewährleisten.

Frau Dr. Schleker dankt für die ausführliche Darstellung, teilt die Unterstützung des Beirates für Senior:innen mit und lobt besonders den Ansatz, die Einrichtungen an den alten Standorten zu belassen. Sie bittet die Boomer-Generation und die vielen Single-Haushalte nicht zu vergessen und erklärt, dass es auch viele Zuzüge aus Süddeutschland gibt. Dieses alles zusammen wird einen viel höheren Bedarf an Plätzen vermuten lassen.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Beschluss:

Zwischenevaluierung der strategischen Neuausrichtung der SIE (VO/2022/1154) – Anpassung und Bericht nach 12 Monaten Betriebstätigkeit

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 4.2 Machbarkeitsstudien SIE LÜBECK

Frau Senatorin Steinrücke führt in das Thema ein und übergibt an Frau Heußel von Drees & Sommer, die anhand einer Power Point Präsentation die Machbarkeitsstudie vorstellt.

Im Anschluss an die Vorstellung der Machbarkeitsstudie erfragt Frau Akyurt, wie nun das Verfahren weitergehen wird.

Frau Senatorin Steinrücke erläutert, dass mit der Vorstellung der Studie sozusagen die 1. Lesung erfolgt ist und sich nun verschiedene Aufträge für die Verwaltung daraus ergeben.

Sie erklärt, dass noch weitere Vorlagen für die Standorte Am Behnckenhof, Schwartauer Alle und Neue Mitte Moisling geplant sind, die dem Ausschuss zu Entscheidung vorgelegt werden.

Die Verwaltung arbeitet jetzt anhand der Studie verschiedene Fragestellungen aus und beginnt mit der Prüfung verschiedener Einzelschritte, wie B. Vergabe von gutachterlichen Aufträge (Bodengutachten).

Herr Voht bedankt sich für die Präsentation und freut sich über die Entscheidung für die Zukunft der SIE. Er sieht es jetzt so, dass nun operative Entscheidungen bevorstehen und die sollten auch im operativen Bereich laufen. Er sieht es als ausreichend an, wenn die Politik regelmäßig informiert wird.

Frau Senatorin Steinrücke sagt zu, dass Beschlüsse von der Verwaltung vorbereitet werden, sofern die durch die Politik zu fassen sind.

Herr Müller erfragt detailliert zu der Vorstellung in der Studie, was gemacht werden kann, wenn die Geschoßflächenzahlen nicht erreicht würde, wie im Beispiel Dornbreite. Frau Heußel antwortet, dass erfolgt, in dem man die die Fläche reduziert, d.h. kleiner mit wenigen Plätzen bauen.

Frau Akyurt bittet hierzu die Zahlen bis zur Sitzung des Hauptausschusses nachzureichen

Frau Senatorin Steinrücke erläutert, dass man anhand der Pflegebedarfsplanung die Analyse vornehmen wird und die Zahlen zur nächsten Sitzung bereithalten wird, aber das wird nicht bis zu Sitzung des Hauptausschusses vorgelegt werden können.

Frau Claus bestätigt, das sich die Pflegebedürftigkeit in Lübeck im stationären Kontext bis zum Jahr 2040 nach der Prognose um ca. 20 % erhöhen wird.

Frau Akyurt bittet darum, dieses und auch die Zahlen zu den Kosten von Herrn Wadehn schriftlich zu bekommen.

Herr Wadehn erklärt, dass es noch keine konkreten Projektkosten gibt, die mitgeteilt werden könnten. Zudem unterliegen viele Kosten auch den Verhandlungen mit den Pflegekassen, deren Ausgang unbestimmt ist. Es könnten lediglich statistische Zahlen geliefert werden.

Frau Steinrücke erklärt, dass grobe Schätzungen bis zum Hauptausschuss vorgelegt werden können.

Frau Siegenbrink bekräftigt den Wunsch nach den Zahlen, weil die Zahlen von damals inzwischen ja genauer sein dürften, wäre die Vorlage bis zur Sitzung des Hauptausschusses sehr gut.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Die stellvertretende Vorsitzende ruft noch einmal zur Abstimmung über den Antrag von AM Voht bei TOP 4.1 auf und verliest den Antrag:

„Der Ausschuss für Soziales führt vierteljährlich Sitzungen als Werkausschuss SIE zusätzlich ab 2025 durch.“

Der Ausschuss beschließt einstimmig.

Die stellvertretende Vorsitzende schlägt eine 10 Minuten Pause von 19:20 Uhr bis 19.30 Uhr vor.

Nach der Pause schlägt die stellvertretende Vorsitzende vor, die TOP 5.1 bis 5.3 noch abschließend zu beraten und die TOP 7.1 bis 7.5 auf die kommende Sitzung im März zu vertragen.

Frau Siegenbrink spricht ebenfalls dafür aus, bittet aber dann die TOP 7.1 bis 7.5. zu Beginn der Sitzung im März zu beraten, damit nicht eine weitere Vertagung droht.

Der Ausschuss beschließt einstimmig die Vertagung der TOP 7.1 bis 7.5 in die März-Sitzung.

zu 5 Beschlussvorlagen

zu 5.1 Wirtschaftsplan 2024 der Senior:InnenEinrichtungen (Eigenbetriebsähnliche Einrichtung - EäE) Vorlage: VO/2023/12446
--

Herr Wadehn erläutert den Wirtschaftsplan.

Es werden im Diskussionsverlauf die Personalkostendifferenz zwischen den geplanten Personalkosten und den tatsächlichen Personalkosten angesprochen. Herr Wadehn erläutert, dass zum einen die tariflichen Entwicklungen nicht bekannt waren, dann Stellen auch aus Krankheitsgründen oder wegen langer Stellenbesetzungsverfahren unbesetzt sind und somit keine Kosten anfallen. Weiterhin wird mit Leiharbeiter:innen der Betrieb aufrechterhalten, die dann aber bei den Sachkosten zu verbuchen sind.

Die stellvertretende Vorsitzende lässt über den Antrag abstimmt. Der Ausschuss beschließt einstimmig.

Beschluss:

Der Wirtschaftsplan 2024 der Senior:InnenEinrichtungen der Hansestadt Lübeck (eigenbetriebsähnliche Einrichtung) wird in der Fassung der Anlage 2 des Wirtschaftsplanes festgestellt.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Ausschuss für Soziales empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig gem. Beschlussvorschlag zu entscheiden.

**zu 5.2 Feststellung des Rechnungsergebnisses der SeniorInnenEinrichtungen der Hansestadt Lübeck für das Jahr 2022
Vorlage: VO/2024/12882**

Die stellvertretende Vorsitzende lässt über den Antrag abstimmen. Der Ausschuss beschließt einstimmig.

Beschluss:

1. Der Jahresabschluss der SeniorInnenEinrichtungen der Hansestadt Lübeck für das Geschäftsjahr 2022 wird mit einer Bilanzsumme von € 7.213.051,65, einem Jahresfehlbetrag von € 2.343.249,10 und einem Bilanzverlust von € 2.331.992,49 festgestellt.
2. Der Bilanzverlust 2022 in Höhe von € 2.331.992,49 ist durch die Hansestadt Lübeck auszugleichen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Ausschuss für Soziales empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig gem. Beschlussvorschlag zu entscheiden.

**zu 5.3 Beauftragung der Planung einer Pflegeeinrichtung für Senior:innen im Bereich der Neuen Mitte Moisling
Vorlage: VO/2024/12943**

Frau Akyurt erfragt, welche Auswirkung dieser Beschluss nun hat.

Frau Senatorin Steinrücke erklärt, dass es sich hierbei um einen Grundsatzbeschluss handelt, der erforderlich ist, um einen Planungsstart zu haben.

Frau Hartfuß ergänzt, dass damit dann z.B. ein Baugrundgutachten beauftragt werden könnte.

Frau Akyurt schlägt vor, die ungefähren Kosten z.B: bei der KWL zu erfragen und dieses bis zur Sitzung des Hauptausschusses nachzureichen.

Die Stellvertretende Vorsitzende lässt über den Antrag abstimmen

Der Ausschuss beschließt einstimmig.

a

Beschluss:

Der Bürgermeister wird beauftragt, die Planungen für eine vollstationäre Pflegeeinrichtung für Senior:innen im Bereich der Neuen Mitte Moisling aufzustellen und zur Beschlussfassung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Ausschuss für Soziales empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig gem. Beschlussvorschlag zu entscheiden.

zu 6 Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft

zu 7 Anträge von Ausschussmitgliedern

**zu 7.1 Antrag der Fraktion SPD&FW: Mieterschutz stärken - kommunale Mieter:innen-beratungsstellen schaffen!
Vorlage: VO/2023/12461**

vertagt

Beschluss:

Der Bürgermeister möge bis zur Haushaltssitzung im September 2023 berichten, welchen Umfang an Personalstellen und Sachmitteln es bedarf, um eine städtische Mieter:innenberatungsstelle zu schaffen. Eine Tandem-Lösung aus Verwaltung und einem externen Träger, ähnlich der Koordinierungsstelle Ehrenamt, ist als Variante vorzuschlagen.

Zielsetzung soll eine kostenlose Beratung zu allen Fragen rund um das Wohnraummietrecht sein, sowie Unterstützung bei der Suche nach anwaltlicher Beratung in Sachen des Mietrechts. Die Beratung soll beispielsweise folgende Themen umfassen:

- Mieterhöhung / Mietpreis
- Betriebskosten / Heizkosten
- Kautions
- Kündigungen
- Schönheitsreparaturen
- Konflikte zwischen Mieter:innen und Vermieter:innen
- Rechte und Pflichten von Mieter:innen und Vermieter:innen
- Spezielle Beratung für junge Mieter:innen unter 26 Jahren mit deren spezifischen Bedarfen

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

**zu 7.2 AM Helmut Müller-Lornsen (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN), AM Michelle Akyurt (CDU), AM Max Manegold (FDP): ÄÄ zu VO/2023/12461 Antrag der Fraktion SPD&FW: Mieterschutz stärken - kommunale Mieter:innenberatungsstellen schaffen!
Vorlage: VO/2023/12461-01**

vertagt

Beschluss:

Die Verwaltung möge in der Sozialausschusssitzung im März 2024 berichten, welche Beratungsstellen im Bereich Mietrecht in Lübeck aktiv sind und wie diese ausgelastet sind bzw. welcher Mietrechtsberatungsbedarf noch zusätzlich besteht und bisher nicht gedeckt werden kann.

Bis zur Sozialausschusssitzung im Juni 2024 ist darüber hinaus ein Konzept vorzulegen, wie die vorhandenen Angebote den Bürgerinnen und Bürgern zugänglicher gemacht werden können und Menschen, die Unterstützung brauchen, diese schneller finden können. Dabei ist insbesondere auf die Möglichkeiten einzugehen, mehr Beratungsangebote in die Quartiere zu verlagern. Sollten sich zusätzliche Bedarfe ergeben, die bisher nicht gedeckt werden können, ist in dem Konzept aufzuzeigen, wie diese zusätzlichen Beratungsbedarfe erfüllt werden können. Hierbei ist vorrangig zu berichten, wie Beratungen zum Wohnraummietrecht in die bestehenden Strukturen der sozialen Sicherung unter Beteiligung der vorhandenen Stadtteilbüros

integriert werden könnten. Es ist zu prüfen, ob solche Beratungen ohne zusätzlichen Personaleinsatz durch Umschichtung bestehender Beratungsangebote oder durch andere Umschichtungen organisiert werden könnten.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

**zu 7.3 AM Mandy Siegenbrink (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN), AM Michelle Akyurt (CDU), Max Manegold (FDP): Unterstützung für den Begegnungstreff Salut
Vorlage: VO/2024/12931**

vertagt

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, zu prüfen, ob und ggf. wie das Salut (finanziell) unterstützt werden kann, insbesondere soll dabei auf die Möglichkeit eines Budgetvertrages und Möglichkeiten zur Gegenfinanzierung eingegangen werden. Das Salut ist bereits von der Schließung bedroht, sodass Eile geboten ist und bereits in der März-Sitzung erste Ergebnisse erwartet werden. Zu dieser Sitzung sollen die Betreiberin des Begegnungstreffs zur Vorstellung der Einrichtung und der aktuellen Situation eingeladen werden.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

**zu 7.4 AM Andreas Müller (LINKE): Änderungsantrag zu VO/2024/12931 AM Mandy Siegenbrink (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN), AM Michelle Akyurt (CDU), Max Manegold (FDP): Unterstützung für den Begegnungstreff Salut
Vorlage: VO/2024/12931-01**

vertagt

Beschluss:

Der Antrag VO/2024/12931 wird folgendermaßen geändert:

Die Verwaltung wird beauftragt, zu prüfen, ob und ggf. wie das „Salut“ finanziell zu unterstützen werden kann, insbesondere soll dabei auf die Möglichkeit eines Budgetvertrages und Möglichkeiten zur Gegenfinanzierung eingegangen werden.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

zu 7.5	Dringlichkeitsantrag des AM Andreas Müller (LINKE): Keine Einführung von Bezahlkarten für Geflüchtete in Schleswig-Holstein / Lübeck Vorlage: VO/2024/12960
---------------	--

vertagt

Beschluss:

Der Sozialausschuss beschließt:

Der Bürgermeister Jan Lindenau setzt sich gemeinsam mit Frau Steinrücke, Senatorin für Wirtschaft und Soziales, auf Landesebene dafür ein, dass Schleswig-Holstein auf die Einführung einer Bezahlkarte für Geflüchtete verzichtet.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

zu 8	Verschiedenes
-------------	----------------------

Es liegt nichts vor.

zu 9	Ende des öffentlichen Teils
-------------	------------------------------------

Die stellvertretende Vorsitzende schließt um 19:42 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung. Die Öffentlichkeit und alle nicht zur Teilnahme Berechtigten verlassen den Sitzungsraum. Die Sitzung wird um 19:43 Uhr vom Vorsitzenden mit dem nichtöffentlichen Teil fortgesetzt.

zu 15 Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Lübeck, den 5. März 2024

Frau Sandra Odendahl
Vorsitzende/r

Gitte Timmermann
Protokollführung



NIEDERSCHRIFT
(öffentlicher Teil)
8. Sitzung des Ausschusses für Soziales

Sitzungstermin:	Dienstag, 05.03.2024	
Sitzungsbeginn:	16:00 Uhr	
Sitzungsende:	17:58 Uhr	
Sitzungsort:	Großen Sitzungssaal (Haus Trave 7.OG), Kronsfordter Allee 2- 6, 23560 Lübeck	
Anwesende Mitglieder		
Vorsitz		
	Renate Prüß - SPD & FW	
Mitglieder aus der Bürgerschaft		
	Michelle Akyurt - CDU	
	Dr. med. Dipl.-Phys. Carsten Grohmann - CDU	
	Andreas Müller - LINKE & GAL Fraktionsvorsitzender	bis TOP 6.1 ; 16:40 Uhr
	Helmut Müller-Lornsen - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	
	Mandy Siegenbrink - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN Fraktionsvorsitzende	
	Gregor Voht - SPD & FW	
stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.		
	Gabriele Gröschl-Bahr - SPD & FW	
	Delf Kröger - CDU	
	Max Manegold - FDP	
	Wolfgang Baasch - SPD & FW	
	Andrej Frank - AfD	
	Sabine Hallmann - Unabhängige Volt-PARTEI	
	Volker Nehrhoff - CDU	
	Daniela Schindler - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	
	Mara-Lena Zeplin - LINKE & GAL	ab TOP 6.1; 16: 40 h
Beiratsmitglieder		
	Christian Rettberg - Beirat für Menschen mit Behinderungen	
	Manfred Bergmann - Beirat für Senior:innen	
Verwaltung		
	Eva Bischoff - Bereich Soziale Sicherung	
	Daniel Blank - FBC FB 2	

FB 2 Personalrat - Personalrat	nur öffentl. Teil
Elke Sasse - 1.160 Frauenbüro	nur öffentl. Teil
Senatorin Pia Steinrücke - FB 2 - Wirtschaft und Soziales	
Claudia Schwartz - Soziale Sicherung	nur öffentl. Teil
Gert Wadehn - Senioreneinrichtungen 2.502 SeniorInnen-Einrichtungen	nur öffentl. Teil
Matthias Wulf - Soziale Sicherung	nur öffentl. Teil
Dr. Alexander Mischnik - 2.530 Gesundheitsamt	nur öffentl. Teil
Protokollführung	
Gitte Timmermann - Soziale Sicherung	
Gäste	
Frau Bünnagel - Medi-Büro	bis Top 4.3 ; 16.35 Uhr
Frau Schwerin - Medi-Büro	bis Top 4.3 ; 16:35 Uhr
-	
Entschuldigte Mitglieder	
Mitglieder aus der Bürgerschaft	
Judith Bach - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	entschuldigt
stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.	
Sandra Odendahl - SPD & FW	entschuldigt
Katrin Funk - Unabhängige Volt-PARTEI	entschuldigt
Nil Gersdorf - CDU	entschuldigt
Rainer Holtz - AfD	entschuldigt

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1	Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen	
2	Genehmigung der Niederschrift	
2.1	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 06.02.2024	
3	Anfragen / Antworten / Mitteilungen	
3.1	Sachstand zur Situation der Geflüchteten in Lübeck	
3.2	Anfrage von AM Voht vom 20.02.2024 zur der Befragung in Bezug auf Post- und Long-Covid	
3.3	Anfrage von AM Siegenbrink vom 20.02.2024 zum Sachstand Senior:innentreff St-Lorenz-Süd	
3.4	Anfrage von AM Prüß vom 05.12.2024 zum Projekt "Knappe Kassen"	
3.5	AM Mandy Siegenbrink (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Anfragen zum Bericht Senior:InnenEinrichtungen SIE	VO/2024/13075
3.6	NEU: Mitteilung Frau Senatorin Steinrücke zum Vorwurf der Misswirtschaft in der SIE	
3.7	NEU: Mitteilung von Frau Rummert zum AMIF-Projekt mit der Brücke Lübeck/Ostholstein	
3.8	NEU: Anfrage AM Dr. Grohmann zur Entwicklung der Schuleingangsuntersuchungen	
4	Berichte	
4.1	Bericht zur Umsetzung der Inklusiven Lösung für junge Menschen (SGB VIII/ IX)	VO/2024/12954
4.2	Gesundheitsbericht 2023	VO/2023/12648
4.3	Vorstellung von Medi-Büro	
5	Beschlussvorlagen	
6	Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft	
6.1	Die Unabhängige Volt-PARTEI Antrag: Ehem. Priwall-Krankenhausgelände der Grundstücks-Gesellschaft Trave übertragen	VO/2023/12775

6.2	Antrag der Fraktion SPD&FW: Mieterschutz stärken - kommunale Mieter:innenberatungsstellen schaffen!	VO/2023/12461
6.2.1	AM Helmut Müller-Lornsen (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN), AM Michelle Akyurt (CDU), AM Max Manegold (FDP): ÄÄ zu VO/2023/12461 Antrag der Fraktion SPD&FW: Mieterschutz stärken - kommunale Mieter:innenberatungsstellen schaffen!	VO/2023/12461-01
6.3	Fraktion LINKE & GAL, AT zu: Lübeck bekennt sich zu Inhalten und Zielen der Istanbul-Konvention	VO/2024/13018-01
7	Anträge von Ausschussmitgliedern	
7.1	AM Andreas Müller (LINKE): Aufklärungskampagne Psychische Erkrankungen und bestehende Angebote	VO/2024/12914
7.1.1	AM Helmut Müller-Lornsen (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN), AM Michelle Akyurt (CDU), AM Max Manegold (FDP): ÄÄ zu VO/2024/12914 AM Andreas Müller (LINKE): Aufklärungskampagne Psychische Erkrankungen und bestehende Angebote	VO/2024/12914-01
7.2	AM Mandy Siegenbrink (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN), AM Michelle Akyurt (CDU), Max Manegold (FDP): Unterstützung für den Begegnungstreff Salut	VO/2024/12931
7.2.1	AM Andreas Müller (LINKE): Änderungsantrag zu VO/2024/12931 AM Mandy Siegenbrink (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN), AM Michelle Akyurt (CDU), Max Manegold (FDP): Unterstützung für den Begegnungstreff Salut	VO/2024/12931-01
7.3	Dringlichkeitsantrag des AM Andreas Müller (LINKE): Keine Einführung von Bezahlkarten für Geflüchtete in Schleswig-Holstein / Lübeck	VO/2024/12960
7.4	Dringlichkeitsantrag des AM Andreas Müller (LINKE): Lübeck bekennt sich zu Inhalten und Zielen der Istanbul-Konvention	VO/2024/13068
8	Verschiedenes	
8.1	NEU: AM Akyurt erfragt Sachstand Housing First	
8.2	NEU: AM Gröschl-Bahr: Nachfrage zur interfraktionellen Arbeitsgruppe i.S. Stellen für Sozialpsych. Dienst	
9	Ende des öffentlichen Teils	
15	Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse	

Öffentlicher Teil:

zu 1 Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen
--

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung mit der Feststellung der Beschlussfähigkeit.

Sie verweist auf die vergangenen langen Sitzungsverläufe und bittet um einen regen inhaltlichen Austausch, kündigt aber an, bei künftigen Sitzungen gegen 18.00 Uhr/18.30 Uhr eine Sitzungspause machen zu wollen, sofern sich abzeichnet, dass die Sitzung länger dauern wird. Sie kündigt ferner an, die Rednerliste zu begrenzen, damit alle Themen der Tagesordnung behandelt werden können und nicht in der folgenden Sitzung erneut aufgerufen werden müssen.

Sie schlägt vor, den TOP 4.2 zu vertagen, da der Gesundheitsbericht noch nicht vorliegt. Die Vertagung wird einstimmig beschlossen.

Zu TOP 7.3 erklärt die Vorsitzende, dass der Antrag nicht zulässig ist und verliert dazu die Stellungnahme des Rechtsamtes. TOP 7.3 wird somit von der Tagesordnung ersatzlos gestrichen.

Sie schlägt vor, die Vorstellung des Medi-Büros unter TOP 4.3 vorzuziehen. Der Ausschuss beschließt einstimmig den Vorschlag.

Für TOP 6.3 und 7.4 begründet Herr Müller die Dringlichkeit für seinen Antrag sowie für den Überweisungsbeschluss aus der Bürgerschaft mit dem identischen Inhalt.

Frau Siegenbrink erklärt, auch die Wichtigkeit dieses Antrages zu erkennen, verweist aber auf weitere Überweisungsaufträge zu diesem Thema, die nicht auf der TO stehen und zusammen beraten werden sollten. Zudem wird es noch Veranstaltungen zu diesem Thema geben, so dass dieser Antrag heute nicht die Dringlichkeit der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen erhält.

Die Vorsitzende lässt über die Dringlichkeit von TOP 6.3 abstimmen
Der Ausschuss lehnt die Dringlichkeit mit 5 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen ab.

Die Vorsitzende lässt über die Dringlichkeit von TOP 7.4 abstimmen
Der Ausschuss lehnt die Dringlichkeit mit 5 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen ab.

Weiter schlägt die Vorsitzende vor, die aus der letzten Sitzung vertagten TOP 6.1, 6.1.1 sowie TOP 7 vorzuziehen, sodass sich folgende Beratungsfolge ergibt: Top 2 – Niederschrift; TOP 4.3 - Vorstellung Medi-Büro und dann die vorgezogenen TOP 6.1, 6.1.1 und Top 7.

Herr Müller-Lornsen schlägt vor die Punkte unter TOP 3 noch vor den Punkten TOP 6.1, 6.1.1 und TOP 7 zu beraten.

Die Vorsitzende lässt über ihren ersten Vorschlag abstimmen:
Der Ausschuss nimmt mit 12 Ja-Stimmen, und 3 Enthaltungen den Vorschlag für die geänderte Tagesordnung an.

Die Vorsitzende lässt auch über den Vorschlag zur Tagesordnung von Herrn Müller-Lornsen abstimmen. Der Ausschuss lehnt den Vorschlag mit 3 Ja-Stimmen und 12 Nein-Stimmen ab.

Frau Akyurt erbittet die Information, warum ein Überweisungsauftrag aus der Bürgerschaft den Weg in die heutige Sitzung geschafft hat und die anderen Überweisungsaufträge nicht. Die Protokollführung erklärt, dass dieser eine Überweisungsauftrag auf die Nachtragstagesordnung genommen wurde, weil er wortgleich mit dem Antrag von Herrn Müller unter TOP 7.4 war und um hierzu nur einmal beraten werden muss. Andernfalls hätte man den Antrag heute und auch in der kommenden Sitzung aufrufen müssen. Mit der Ablehnung zur Dringlichkeit werden nun beide Anträge auf die TO im Mai kommen.

Frau Akyurt erbittet hierzu nähere Aufklärung, die Frau Senatorin Steinrücke mit einer Stellungnahme des BdB zusagt.

Die Vorsitzende lässt über die Zuordnung der für den nichtöffentlichen Teil angemeldeten TOP 10 bis TOP 14 en bloc einzeln abstimmen:

Der Ausschuss beschließt einstimmig.

Der Ausschuss beschließt einstimmig, die Teilnahme von Herrn Blank und Frau Timmermann von der Verwaltung im nichtöffentlichen Teil.

Abschließend lässt die Vorsitzende über die geänderte Tagesordnung abstimmen.

Der Ausschuss beschließt die geänderte Tagesordnung einstimmig.

Die Vorsitzende verpflichtet das stellvertretende bürgerliche Ausschussmitglied Frau Maralena Zeplin mit den Worten: „Ich verpflichte Sie auf die gewissenhafte Erfüllung Ihrer Obliegenheiten, weise Sie auf die Rechte und Pflichten nach der Gemeindeordnung hin und führe Sie hiermit in Ihr Amt ein.“

zu 2 Genehmigung der Niederschrift

zu 2.1 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 06.02.2024

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Die Vorsitzende lässt über die Niederschrift abstimmen. Der Ausschuss beschließt mit 14 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung die Niederschrift.

Die Niederschrift ist damit in der vorgelegten Fassung festgestellt.

zu 3 Anfragen / Antworten / Mitteilungen

zu 3.1 Sachstand zur Situation der Geflüchteten in Lübeck

Dieser TOP wurde nach TOP 7.2.1 beraten

Frau Schwartz berichtet von der Situation der Geflüchteten und erläutert das operative Geschäft von der Suche nach neuen Unterkünften. Aus Sicht der Verwaltung könnte dieser Dauer-TOP von der Tagesordnung genommen werden. Die Verwaltung sagt zu, bei bedeutenden Veränderungen zu berichten.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis und ist mit der Absetzung des Dauer-TOP einverstanden.

zu 3.2	Anfrage von AM Voht vom 20.02.2024 zur der Befragung in Bezug auf Post- und Long-Covid
---------------	---

Dieser Top wurde nach TOP 3.1 beraten.

Herr Dr. Mischnik erläutert noch einmal seine Aussage vom 11.10.2024. Herr Voht konkretisiert seine Anfrage aus der letzten Sitzung, ob die Patienteninitiative „nicht genesen“ mit dem Gesundheitsamt im Kontakt stehen würde. Herr Dr. Mischnik erklärt, dass es keinen Kontakt gibt, dieses aber geprüft werden kann. Hierzu spricht Frau Zeplin.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 3.3	Anfrage von AM Siegenbrink vom 20.02.2024 zum Sachstand Senior:innentreff St-Lorenz-Süd
---------------	--

Dieser TOP wurde nach TOP 3.1 beraten.

Herr Wulf berichtet von Stand des Verfahrens. Er betont, dass ein Beteiligungsformat mit älteren Menschen und bestehenden Gruppen vor Inbetriebnahme des Treffs in das Pflichtenheft aufgenommen wird und somit eine verbindliche Vorgabe ist.

Frau Siegenbrink erfragt die Zeitschiene.

Herr Wulf stellt dar, dass es nach der Veröffentlichung der Ausschreibung, die nach der Vergabeordnung deutschlandweit zu erfolgen hat, eine dreiwöchige Bewerbungsfrist gibt. Dann erfolgt eine Auswertung und im ersten Step werden die unterlegenen Anbieter:innen informiert, bevor man den Zuschlag erteilt. Es wird etwa im Sommer abgeschlossen sein. Sofern der ausgewählte Träger nicht über eigene Räumlichkeiten im Stadtteil verfügt, müssen dann noch durch den Träger geeignete Räumlichkeiten gesucht und angemietet werden.

Frau Akyurt bedankt sich für die bisherige Arbeit und auch dafür, dass an die Beteiligung gedacht wurde.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 3.4	Anfrage von AM Prüß vom 05.12.2024 zum Projekt "Knappe Kassen"
---------------	---

Dieser TOP wurde nach TOP 3.3. beraten.

Frau Schwartz berichtet, dass das Projekt bekannt ist und auch gut bewertet wird. Sollte hier eine Regelfinanzierung gewollt sein, so kann das nur über einen Budgetvertrag erfolgen, da es eine freiwillige Leistung ist und darüber hat dann die Bürgerschaft zu entscheiden.

Derzeit wird das Projekt von der Possehl-Stiftung unterstützt und es ist nicht bekannt, ob diese Unterstützung ausläuft.

Der Ausschuss erteilt einstimmig Herrn Weidmann von der Gemeindediakonie das Wort, der berichtet, dass die aktuelle Förderperiode noch bis 31.10.2024 läuft und man gerade alles aufbereitet für eine weitere Beantragung der Förderung.

Herr Weidmann stellt zudem dar, dass ein Großteil der Arbeit mittlerweile darin besteht, bei dem Ausfüllen von Anträgen an Behörden zu unterstützen. Es wird größtenteils die Rolle eines „Kümmerers im Stadtteil“ wahrgenommen

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**zu 3.5 AM Mandy Siegenbrink (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Anfragen zum Bericht Senior:InnenEinrichtungen SIE
Vorlage: VO/2024/13075**

Dieser TOP wurde nach TOP 3.4 beraten.

Die Antwort wird schriftlich vorbereitet.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Beschluss:

1. Laut dem Bericht sollen die vollständigen Ziele der SIE bis 2030 nur mit einem Neubau auf dem Grundstück d. Firma Jühns erreichbar sein. Dazu gibt es bisher kaum weitere Informationen, deshalb wird um die Beantwortung der folgenden Fragen dazu gebeten:
 - Soll das Grundstück gekauft werden? Wenn ja, was kostet es?
 - Soll das Gebäude vom Grundstückseigentümer errichtet werden? Wenn ja, ist diese Verhandlung mit dem Vergaberecht vereinbar?
 - Sollen Grundstück und Gebäude gekauft oder gemietet werden?
 - Ist die Neubaukostenkalkulation vergleichbar mit den Kostenansätzen der Machbarkeitsstudie?
2. Welchen Vorteil bietet es für die SIE, das betreute Wohnen unter dem Dach der SIE anzubieten, wenn sowieso die Trave die Verwaltung übernehmen soll? Warum macht das nicht gleich die Trave ohne die SIE?
3. Bitte die Wirtschaftlichkeit des Aufbaus eines ambulanten kommunalen Pflegedienstes darstellen.
4. Soll die Pflege der Bewohner*innen in den Wohnungen des betreuten Wohnens durch einen eigenen kommunalen noch aufzubauenden Pflegedienst übernommen werden? Wenn ja, warum? Ist geplant, im Rahmen des betreuten Wohnens auch eine Kooperation mit bereits bestehenden Pflegediensten einzugehen? Wenn ja, wie sehen die Pläne dazu konkret aus?

5. Warum soll die Prassekstraße noch über das Jahr 2030 hinaus betrieben werden, obwohl beschrieben wird, dass eine Einrichtung mit 70 Plätzen nicht wirtschaftlich betrieben werden kann? Quantitativ müsste die Einrichtung ja eigentlich nicht mehr erforderlich sein, wenn der Behnckenhof jetzt weiterbetrieben wird und warum wurde keine Machbarkeitsstudie für die Prassekstr. beauftragt?
6. Warum lohnt sich für den Eigentümer eine Sanierung des Behnckenhofes, aber nicht für die ehem. Gebäude der VT? Was ist dort anders?
7. Bei Übernahme der Immobilien von der Stiftung sollte der Finanzbedarf bis 2025 für die Instandhaltung bei 7 Mio EUR liegen. Die tatsächlich ausgegebenen Kosten für 2023, sowie die geplanten Kosten für 2024 haben Sie bereits übersandt. Haben Sie auch schon geplante Kosten für 2025?
8. In welchem Umfang können die Stellen für das Gebäudemanagement der SIE durch die Pflegeentgelte refinanziert werden und wenn nicht vollständig, welche Verluste entstehen den SIE dadurch voraussichtlich in den kommenden Jahren?
9. Könnten die Machbarkeitsstudien bitte der Öffentlichkeit zugänglich gemacht und dem Bericht angehängt werden?

zu 3.6 NEU: Mitteilung Frau Senatorin Steinrücke zum Vorwurf der Misswirtschaft in der SIE
--

Frau Senatorin Steinrücke nimmt Bezug auf die verschiedenen Sitzungen der vergangenen Woche und insbesondere zu dem Vorwurf der Misswirtschaft bei den SIE. Sie stellt klar, dass das dargelegte zu erwartende Defizit von 3,6 Mio. Euro sich mit einem Anteil von ca. 1,5 Mio Euro durch die Thematik HGH (Freihaltung von Plätzen in anderen Einrichtungen etc.) und den inflationären Kostensteigerungen (Mieten etc.) begründen lässt. Sie verweist darauf, dass in der Ausschusssitzung bereits dargelegt wurde, dass die Personalkosten aufgrund tariflicher Veränderungen gestiegen sind und auch die Kosten für Leiharbeit bei den Sachkosten zu erheblichen Steigerungen geführt hat.

Sie stellt fest, dass der schwerwiegende Vorwurf der Misswirtschaft u.a. auch deshalb nicht bestehen kann, da mit der einstimmigen Annahme des Wirtschaftsplanes die Politik deutlich ihr Vertrauen ausgesprochen hat.

Den erfolgten Vergleich der Eigenanteile der Bewohnenden der städtischen SIE zu den Eigenanteilen im Rosenhof relativiert Frau Senatorin Steinrücke mit dem Verweis auf eine andere Finanzierungsstruktur im Rosenhof und den Vergleich von Einzelzimmern zu Doppelzimmern. Als Hauptgeschäft des Rosenhofes wird die Vermietung der Appartements angesehen.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 3.7 NEU: Mitteilung von Frau Rummert zum AMIF-Projekt mit der Brücke Lübeck/Ostholstein
--

Frau Rummert berichtet, dass der Träger die Brücke Lübeck/ Ostholstein in Kooperation mit der Stabsstelle Integration Koordinierung Flüchtlingsarbeit und dem Sozialpsychiatrischen Dienst ein AMIF Projekt für Lübeck gewinnen konnte. (AMIF bedeutet Asyl-, Migration- und Integrationsfonds der Europäischen Union).

Das dreijährige Projekt mit Namen "Zentrum für kulturelle und psychosoziale Integration für Menschen mit Teilhabebeeinträchtigungen in Lübeck und Umgebung" startet zum 01.03.2024 und die Fördersumme beträgt ca. 2,8 Millionen.

Ein genauerer Bericht zu den Projektinhalten und Zielen wird die Stabsstelle Integration mit der Geschäftsführung der Brücke Lübeck/Ostholstein in der Mai-Sitzung vorstellen.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 3.8	NEU: Anfrage AM Dr. Grohmann zur Entwicklung der Schuleingangsuntersuchungen
---------------	---

Herr Dr. Grohmann erbittet zur nächsten Sitzung den Sachstand zu den Schuleingangsuntersuchungen in Lübeck.

Herr Dr. Mischnik sagt dieses für die kommende Sitzung zu,
Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 4	Berichte
-------------	-----------------

zu 4.1	Bericht zur Umsetzung der Inklusiven Lösung für junge Menschen (SGB VIII/ IX) Vorlage: VO/2024/12954
---------------	---

Dieser TOP wurde nach TOP 3.8 beraten.

Frau Schwartz berichtet von den Bemühungen und dem Ergebnis der Zusammenführung der Leistungen für junge Menschen, die seit 1.1.24 beim Fachbereich 4 bearbeitet werden. Frau Schwartz berichtet weiter, dass in dieses Zuge 9 Stellen in den Fachbereich 4 abgegeben wurden.

Herr Müller-Lornsen erfragt, ob es in Lübeck schon Verfahrenslotsen gibt und wie die Bedarfslage eingeschätzt wird.

Frau Bischoff berichtet, dass bereits eine Stelle des Verfahrenslotsen besetzt werden konnte und dieser im FB 4 angegliedert ist.

Herr Müller-Lornsen erfragt, ob die 9 Stellen jetzt in der Sozialen Sicherung fehlen. Frau Schwartz erklärt, dass die Stellen mit den Fällen in den FB 4 gegeben wurden.

Herr Baasch lobt diese Umsetzung und bescheinigt damit eine gute Lösung für alle betroffenen Kinder und Jugendlichen in Lübeck.

Frau Akyurt schließt sich den Ausführungen von Herrn Baasch an.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Beschluss:

Sachstandsbericht zur Umsetzung der Zusammenführung der Leistungen von jungen Menschen mit Behinderung unter dem Dach der Jugendhilfe gem. Bürgerschaftsbeschluss vom 25.06.2020 (VO/2020/08926-06).

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 4.2 Gesundheitsbericht 2023 Vorlage: VO/2023/12648
--

vertagt

Beschluss:

Jährlicher Bericht zur Gesundheit und zur Gesundheitsversorgung der Lübecker Bevölkerung.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

zu 4.3 Vorstellung von Medi-Büro

Dieser Top wurde nach TOP 2 beraten.

Frau Bünnagel und Frau Schwerin vom Medi-Büro stellen anhand einer Power Point Präsentation die Organisation vor.

Hierzu sprechen Herr Kröger, Herr Baasch, Herr Müller und Herr Dr. Grohmann.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 5 Beschlussvorlagen

zu 6 Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft

**zu 6.1 Die Unabhängige Volt-PARTEI Antrag: Ehem. Priwall-Krankenhausgelände der Grundstücks-Gesellschaft Trave übertragen
Vorlage: VO/2023/12775**

Dieser TOP wurde nach TOP 4.3 beraten.

Frau Steinrücke berichtet, dass diese Vorlage auch im Wirtschaftsausschuss beraten wurde. Sie nimmt Bezug auf die Mitteilung von Dr. Rasch von der Grundstücksgesellschaft Trave und berichtet, dass man an dem Standort plant, zu 40 % eine Wohnbebauung für Mitarbeitende der Gastronomie zu entwickeln. Die Vorlage wird für den Wirtschaftsausschuss vorbereitet.

Herr Müller verlässt die Sitzung und Frau Zeplin nimmt den Platz ein.

Die Vorsitzende lässt über den Antrag abstimmen.

Der Ausschuss stimmt mit 2 Ja-Stimmen, 12 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung gegen den Beschlussvorschlag.

Beschluss:

Das Grundstück des ehem. Krankenhausgeländes auf dem Priwall mit den darauf stehenden Gebäuden soll auf die Grundstücks-Gesellschaft Trave mbH übertragen werden, damit diese die dortigen Gebäude zu preisgünstigen Wohnungen entsprechend den Vorgaben der Stadtverwaltung umbauen kann. Diese Übertragung sollte als Kapitalerhöhung durch Sacheinlage bei der Grundstücks-Gesellschaft Trave mbH erfolgen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	2
	Nein-Stimmen	12
	Enthaltungen	1
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Ausschuss empfiehlt der Bürgerschaft mehrheitlich die Vorlage abzulehnen.

**zu 6.2 Antrag der Fraktion SPD&FW: Mieterschutz stärken - kommunale Mieter:innen-beratungsstellen schaffen!
Vorlage: VO/2023/12461**

Dieser Top wurde nach TOP 6.1. beraten.

Es erfolgt eine gemeinsame Beratung der TOP 6. und TOP 6.2.1.

Herr Voht begründet erneut den Antrag.

Frau Senatorin Steinrücke wirft ein, dass der Antrag eine Erledigung bis März 2024 vorgibt, was nicht erfolgen kann. Hier müsste man die Sitzung im Mai 2024 aufnehmen.

Frau Akyurt stimmt der Senatorin zu und bekräftigt, dass man eine gute Beratungsstruktur schaffen möchte. Sie fügt hinzu, dass es auch jetzt schon funktionierenden Strukturen mit u.a. dem Mieterverein gibt.

Frau Siegenbrink stimmt Frau Akyurt zu und erklärt für die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen die Unterstützung des Antrages.

Die Vorsitzende lässt über die beiden Anträge nacheinander abstimmen:

ÄAntrag unter TOP 6.2.1 wird mit 14 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung angenommen.

Der Antrag unter TOP 6.2 wird mit 3 Ja-Stimmen und 11 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung abgelehnt.

Beschluss:

Der Bürgermeister möge bis zur Haushaltssitzung im September 2023 berichten, welchen Umfang an Personalstellen und Sachmitteln es bedarf, um eine städtische Mieter:innenberatungsstelle zu schaffen. Eine Tandem-Lösung aus Verwaltung und einem externen Träger, ähnlich der Koordinierungsstelle Ehrenamt, ist als Variante vorzuschlagen.

Zielsetzung soll eine kostenlose Beratung zu allen Fragen rund um das Wohnraummietrecht sein, sowie Unterstützung bei der Suche nach anwaltlicher Beratung in Sachen des Mietrechts.

Die Beratung soll beispielsweise folgende Themen umfassen:

- Mieterhöhung / Mietpreis
- Betriebskosten / Heizkosten
- Kautions
- Kündigungen
- Schönheitsreparaturen
- Konflikte zwischen Mieter:innen und Vermieter:innen
- Rechte und Pflichten von Mieter:innen und Vermieter:innen
- Spezielle Beratung für junge Mieter:innen unter 26 Jahren mit deren spezifischen Bedarfen

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	3
	Nein-Stimmen	11
	Enthaltungen	1
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 6.2.1 AM Helmut Müller-Lornsen (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN), AM Michelle Akyurt (CDU), AM Max Manegold (FDP): ÄÄ zu VO/2023/12461 Antrag der Fraktion SPD&FW: Mieterschutz stärken - kommunale Mieter:innenberatungsstellen

schaffen!
Vorlage: VO/2023/12461-01

Gemeinsame Beratung mit TOP 6.2

Der Antrag wird wie folgt geändert:

„Die Verwaltung möge in der Sozialausschusssitzung im **MAI 2024** berichten, ...“

Beschluss:

Die Verwaltung möge in der Sozialausschusssitzung im März 2024 berichten, welche Beratungsstellen im Bereich Mietrecht in Lübeck aktiv sind und wie diese ausgelastet sind bzw. welcher Mietrechtsberatungsbedarf noch zusätzlich besteht und bisher nicht gedeckt werden kann.

Bis zur Sozialausschusssitzung im Juni 2024 ist darüber hinaus ein Konzept vorzulegen, wie die vorhandenen Angebote den Bürgerinnen und Bürgern zugänglicher gemacht werden können und Menschen, die Unterstützung brauchen, diese schneller finden können. Dabei ist insbesondere auf die Möglichkeiten einzugehen, mehr Beratungsangebote in die Quartiere zu verlagern. Sollten sich zusätzliche Bedarfe ergeben, die bisher nicht gedeckt werden können, ist in dem Konzept aufzuzeigen, wie diese zusätzlichen Beratungsbedarfe erfüllt werden können. Hierbei ist vorrangig zu berichten, wie Beratungen zum Wohnraummietrecht in die bestehenden Strukturen der sozialen Sicherung unter Beteiligung der vorhandenen Stadtteilbüros integriert werden könnten. Es ist zu prüfen, ob solche Beratungen ohne zusätzlichen Personaleinsatz durch Umschichtung bestehender Beratungsangebote oder durch andere Umschichtungen organisiert werden könnten.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	14
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	1
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Ausschuss für Soziales empfiehlt der Bürgerschaft mehrheitlich gem. Antrag zu entscheiden.

zu 6.3 Fraktion LINKE & GAL, AT zu: Lübeck bekennt sich zu Inhalten und Zielen der Istanbul-Konvention
Vorlage: VO/2024/13018-01

Der Überweisungsbeschluss hat die erforderliche Dringlichkeit nicht erhalten und wird vertagt.

Beschluss:

Der Bürgermeister lädt zu einem Arbeitskreis ein, um über konkrete Maßnahmen zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen zu beraten und notwendige Maßnahmen auch zur Bewältigung der Folgen von Gewalt gegen Frauen und ggf. mit betroffener Kinder auf den Weg zu bringen.

An dem Arbeitskreis sollen möglichst Mitarbeitende aller tangierenden Fachbereiche, Frauenbüro, Vertreter*innen demokratischer Fraktionen, der Frauenberatungsstellen und Frauenhäuser teilnehmen.

Erste Maßnahmen sollen bis zur Haushaltssitzung im September 2024 identifiziert werden.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

zu 7 Anträge von Ausschussmitgliedern

**zu 7.1 AM Andreas Müller (LINKE): Aufklärungskampagne Psychische Erkrankungen und bestehende Angebote
Vorlage: VO/2024/12914**

Dieser Top wurde nach TOP 6.2.1 beraten.

Frau Zeplin freut sich über den Antrag und begrüßt die Befassung mit der Thematik.
Herr Müller-Lornsen befürwortet den Antrag.

Beschluss:

Um die Themen „psychische Erkrankungen“ und „Suizidalität“ in der Stadt Lübeck sichtbar zu machen, wird die Verwaltung beauftragt, eine Kampagne zu gestalten, die auf bestehende Hilfsangebote aufmerksam macht.

Denkbar wären Mottos wie "Du bist nicht allein!" oder "Wir sind für dich da!"

Die Kampagne soll mit Flyern, Plakaten und einem Social-Media-Team gestaltet werden.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	x
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Ausschuss für Soziales empfiehlt einstimmig der Bürgerschaft gem. Antrag zu entscheiden.

**zu 7.1.1 AM Helmut Müller-Lornsen (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN), AM Michelle Akyurt (CDU), AM Max Manegold (FDP): AÄ zu VO/2024/12914 AM Andreas Müller (LINKE): Aufklärungskampagne Psychische Erkrankungen und bestehende Angebote
Vorlage: VO/2024/12914-01**

Gemeinsame Beratung mit TOP 7.1.

Beschluss:

Der Bürgermeister wird beauftragt, die Möglichkeit zu prüfen, ob im Jahr 2024 in der Stadt Lübeck eine Aufklärungskampagne zum Thema "Psychische Erkrankung" und "Suizidalität" realisiert werden kann.

Ziel ist es, auf bestehende Hilfsangebote aufmerksam zu machen und das Thema in den Fokus zu rücken.

Der Prüfauftrag zielt auf die Kosten für die Durchführung und die Art/Umfang einer solchen Kampagne sowie auf die zeitnahe Umsetzung ab.

Wir erwarten eine Rückmeldung im zweiten Quartal 2024, die dem Sozialausschuss vorgelegt werden soll.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Ausschuss für Soziales empfiehlt einstimmig der Bürgerschaft gem. Antrag zu entscheiden.

**zu 7.2 AM Mandy Siegenbrink (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN), AM Michelle Akyurt (CDU), Max Manegold (FDP): Unterstützung für den Begegnungstreff Salut
Vorlage: VO/2024/12931**

Dieser TOP wurde nach TOP 7.1.1 beraten

Gemeinsame Beratung mit TOP 7.2.1

Frau Siegenbrink begründet den Antrag und bittet auch hier die Informationen für die Sitzung im Mai bereitzuhalten, zu der auch die Betreiber einzuladen sind.

Frau Akyurt kann sich dem Antrag anschließen und betont, dass der Fortbestand des Begegnungstreffs gewollt ist, dem aber zunächst eine Prüfung vorangehen sollte.

Herr Voht schlägt vor, hierzu die Betroffenen zu hören und dann eine Entscheidung zu treffen.

Frau Gröschl-Bahr möchte zunächst auch noch div. Fragen geklärt wissen, z.B. ob die Heilsarmee eine Weiterfinanzierung ausgeschlossen hat oder welche Zielgruppe hier angesprochen werden soll.

Frau Zeplin betont die Wichtigkeit dieses Treffs und das hier aber die Eile geboten ist.

Frau Akyurt erkennt die berechtigten Fragen von Frau Gröschl-Bahr und spricht sich daher für den Prüfantrag aus.

Frau Siegenbrink erklärt, dass auch dort die Eilbedürftigkeit gesehen wird und daher auf die Ladung der Betreiber zu verzichten ist.

Frau Senatorin Steinrücke stellt klar, dass eine Bedarfsprüfung nicht Gegenstand des Antrags ist und berichtet, das inzwischen vom Begegnungstreff Salut ein Konzept zur Prüfung in der Verwaltung vorliegt.

Sie gibt ferner den Hinweis, dass vom Land finanzielle Kürzungen kommen und damit alle freiwilligen Leistungen der Stadt auf dem Prüfstand stehen. Zudem verweist sie auf noch ausstehende Prüfaufträge und erklärt, dass bis Mai keine ausführliche Bedarfsanalyse vorgelegt werden kann.

Frau Schwartz erklärt, dass man seitens der Verwaltung kläre könnte, welche ähnlichen Angebote es gibt, ob die Heilsarmee die Finanzierung einstellt und was das mit dem Quartier macht. Die Frage nach dem „Ob“ wird bis Mai nicht vorgelegt werden können.

Frau Schwartz bitte um Verständnis, aber aktuell sind höchste Anstrengungen erforderlich, überhaupt noch das operative Geschäft bewältigen zu können.

Die Vorsitzende lässt nacheinander über beide Anträge abstimmen.

Der Ausschuss beschließt mit 1 Ja-Stimme und 14 nein-Stimmen den Antrag unter TOP 7.21 abzulehnen.

Der Ausschuss beschließt einstimmig den Antrag unter 7.2 anzunehmen.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, zu prüfen, ob und ggf. wie das Salut (finanziell) unterstützt werden kann, insbesondere soll dabei auf die Möglichkeit eines Budgetvertrages und Möglichkeiten zur Gegenfinanzierung eingegangen werden. Das Salut ist bereits von der Schließung bedroht, sodass Eile geboten ist und bereits in der März-Sitzung erste Ergebnisse erwartet werden. Zu dieser Sitzung sollen die Betreiberin des Begegnungstreffs zur Vorstellung der Einrichtung und der aktuellen Situation eingeladen werden.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 7.2.1 AM Andreas Müller (LINKE): Änderungsantrag zu VO/2024/12931 AM Mandy Siegenbrink (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN), AM Michelle Akyurt (CDU), Max Manegold (FDP): Unterstützung für den Begegnungstreff Salut
Vorlage: VO/2024/12931-01**

Gemeinsame Beratung mit TOP 7.2

Beschluss:

Der Antrag VO/2024/12931 wird folgendermaßen geändert:

Die Verwaltung wird beauftragt, zu prüfen, ob und ggf. wie das „Salut“ finanziell zu unterstützen. werden kann, insbesondere soll dabei auf die Möglichkeit eines Budgetvertrages- und Möglichkeiten zur Gegenfinanzierung eingegangen werden.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	1
	Nein-Stimmen	14
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 7.3 Dringlichkeitsantrag des AM Andreas Müller (LINKE): Keine Einführung von Bezahlkarten für Geflüchtete in Schleswig-Holstein / Lübeck
Vorlage: VO/2024/12960**

Dieser TOP ist nicht zulässig und wurde von der TO gestrichen.

Beschluss:

Der Sozialausschuss beschließt:

Der Bürgermeister Jan Lindenau setzt sich gemeinsam mit Frau Steinrücke, Senatorin für Wirtschaft und Soziales, auf Landesebene dafür ein, dass Schleswig-Holstein auf die Einführung einer Bezahlkarte für Geflüchtete verzichtet.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 7.4 Dringlichkeitsantrag des AM Andreas Müller (LINKE): Lübeck bekennt sich zu Inhalten und Zielen der Istanbul-Konvention
Vorlage: VO/2024/13068**

vertagt

Beschluss:

Der Bürgermeister lädt zu einem Arbeitskreis ein, um über konkrete Maßnahmen zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen zu beraten und notwendige Maßnahmen auch zur Bewältigung der Folgen von Gewalt gegen Frauen und ggf. mit betroffener Kinder auf den Weg zu bringen.

An dem Arbeitskreis sollen möglichst Mitarbeiteide aller tangierenden Fachbereiche, Frauenbüro, Vertreter*innen demokratischer Fraktionen, der Frauenberatungsstellen und Frauenhäuser teilnehmen.

Erste Maßnahmen sollen bis zur Haushaltssitzung im September 2024 identifiziert werden.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

zu 8 Verschiedenes

zu 8.1 NEU: AM Akyurt erfragt Sachstand Housing First

Frau Akyurt erfragt, ob es bereits Ideen der Verwaltung zum Housing First geben würde. Die Verwaltung wird in der nächsten Sitzung dazu berichten. Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 8.2 NEU: AM Gröschl-Bahr: Nachfrage zur interfraktionellen Arbeitsgruppe i.S. Stellen für Sozialpsych. Dienst

Frau Gröschl-Bahr erfragt, welchen Stand es zu der interfraktionellen Arbeitsgruppe gem. der Vereinbarung in der Sitzung vom 7.11.2023 unter TOP 3.3.10 gibt.

Herr Müller-Lornsen berichtet hierzu einen Antrag vorzubereiten. Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 9 Ende des öffentlichen Teils

Der Vorsitzende schließt um 17:56 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung. Die Öffentlichkeit und alle nicht zur Teilnahme Berechtigten verlassen den Sitzungsraum.
Die Sitzung wird um 17:57 Uhr vom Vorsitzenden mit dem nichtöffentlichen Teil fortgesetzt.

zu 15 Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Lübeck, den 4. April 2024

Frau Renate Prüß
Vorsitzende/r

Gitte Timmermann
Protokollführung